

**21. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Dienstag, 26. November 2019, 18:00 – 20:00 Uhr
im SPD-Fraktionszimmer (Rathaus, S03-027)**

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen

Politik: Fraktion Grüne

Verwaltung: Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination

Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Organisatorisches

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen bestätigt.

Das Büro Bürgerbeteiligung informiert: Die Tagesordnung wurde aus aktuellem Anlass geändert und auf das einzige Thema „Beteiligung im Klimaschutz“ fokussiert. Das ursprünglich vorgesehene Thema Bürgerbeteiligung im Kulturbereich mit Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher wird verschoben.

1. Aktuelles / Berichte

Der Bürgerantrag „2035null“ wurde am 26. September von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen; ebenso ein Zusatzantrag der Koalitionsfraktionen (siehe TOP 2).

Der Agenda-Rat hat am 16. Oktober sechs Anträge der Lokalen Agenda beraten, davon wurden drei in den Gremienlauf zur Stadtverordnetenversammlung gegeben. Es war der seit Jahren inhaltsreichste Agenda-Rat mit Agenda-Sprecher*innen, Vertreter*innen der Fraktionen und dem gesamten hauptamtlichen Magistrat.

Herr Söhngen berichtet: Aus dem Kulturforum am 16. November kommt die Forderung nach einem Kulturbeirat in Gießen, ggf. sogar mithilfe eines Bürgerantrags.

Am 20. November hat sich eine Delegation des südkoreanischen Innenministeriums über die Gießener Bürgerbeteiligung informiert. Die Gäste berichteten auch über ihre Praxis, die auf direktdemokratischen Entscheidungen über ein „Bürgergeld“ in kleineren Gebietseinheiten beruht.

Das Nachhaltigkeitsforum des Landes Hessen hat am 25. Oktober in der Gießener Kongresshalle stattgefunden. Nach Einschätzung von Prof. Evers, der das Einleitungsreferat hielt, fehlte bei der Veranstaltung eine Vermittlungsebene zwischen Landespolitik und Basis. Letztere war kaum vertreten.

Auf die Veranstaltung "Ernährung als Thema von Stadtpolitik. Zwischen Entpolitisierung und der Rückeroberung von Handlungsmacht" am 9. Dezember um 18:00 Uhr im Uni-Hauptgebäude wird hingewiesen. Vortragende: Jana Baldy, Freiburger Soziologin, Karen Schewina, Frankfurter Kulturanthropologin, Moderation: Dr. Marie Reusch, Gießener Politikwissenschaftlerin.

2. Konzept Bürgerbeteiligung im Klimaschutz / Veranstaltung Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement

Michael Bassemir vom Büro Bürgerbeteiligung stellt in einer kurzen Präsentation den beschlossenen Bürgerantrag „2035null“ vor. Der Kernsatz des Antrags in Bezug auf die Bürgerbeteiligung lautet „Die Bürgerschaft ist (...) intensiv einzubeziehen und jährlich in öffentlichen Veranstaltungen (...) zu informieren.“ Der beschlossene Zusatzantrag fordert den Magistrat konkret auf „ein Konzept zur Beteiligung und Information der Bürgerschaft (...) vorzulegen. Darin wäre die Einrichtung eines Beirates für Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung zu erörtern.“

Prof. Evers plädiert dafür, die seit längerer Zeit geplante zweite Veranstaltung zu Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in den Kontext des Klimabeschlusses zu stellen. Die Veranstaltung könne zweierlei leisten: Durch eine sachkundige Referentin Erfahrungen aus anderen Städten zu gewinnen, und mit den Initiativgruppen in ein offenes Gespräch zu kommen.

In der folgenden Diskussion werden Fragen des Formats, der Teilnehmer*innen, und des Ablaufs dieses „Informationsgesprächs“ diskutiert, in kleinerem Umfang auch eines möglichen Klimabeirats. Die Ergebnisse wurden an einer Pinnwand veranschaulicht (*Anmerkung des Protokollanten: Jedes Aufzählungszeichen steht für eine Karte; die erste Gliederungsspalte wurde nach der Sitzung eingefügt*).

Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zeitdruck • Spielräume klarstellen 	
Format	<ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltung „Informationsgespräch“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Klima-Beirat
Grundprinzip	<ul style="list-style-type: none"> • Mit Gruppen offen ins Gespräch kommen • Informell halten • Beteiligung an der Beteiligung • Expertise von außen: Alternativen? • Was gibt es wo? • Blick über Tellerrand! 	<ul style="list-style-type: none"> • Inhalte diskutieren (weniger Strukturen)
Teilnehmer	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgewählte Vertreter ✎ • Gruppen auswählen • Sektoren strukturieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtige Stakeholder für Umsetzung

	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungselite? • ohne Politik? • Mit AK Bürgerbeteiligung? 	<ul style="list-style-type: none"> • Repräsentatives Panel? • Trialogisch besetzt? • Behörden?
Größe	<ul style="list-style-type: none"> • Maximal 25 – 30 Personen • Größerer Kreis? 	
Ablauf	<ul style="list-style-type: none"> • Externe Moderation? • Leitfragen in der Veranstaltung 	
Weiteres	<ul style="list-style-type: none"> • Auftakt für Beirat? • Öffentliche Veranstaltung in Folge? • Keine Konkurrenz zu anderen notwendigen Strukturen ↗ 	
Nächste Schritte	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf rundschenken 	

Es wird vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe (Prof. Evers, Dr. Hölscher, Herr Bassemir) auf dieser Basis einen konkreten Entwurf der Veranstaltung entwickelt. Dieser soll rechtzeitig vor der nächsten Sitzung versendet werden, um dann final beraten werden zu können.

3. Sonstiges

Als Terminkette für 2020 wird vorgeschlagen (immer Donnerstag 18:00 Uhr): 23.01., 23.04., 20.08., 19.11.

Termin der nächsten Sitzung ist somit Donnerstag der 23. Januar 2020 um 18:00 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer.

22. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Donnerstag, 23. Januar 2020, 18:00 – 19:30 Uhr
im Magistrats-Sitzungszimmer (Rathaus, S02-023)

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen
Politik: Fraktion CDU, Fraktion Grüne
Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination
Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Organisatorisches

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen bestätigt.

1. Aktuelles / Berichte

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. Dezember die drei Anträge der Lokalen Agenda (zu den Themen: Sauberes Gießen, Nachhaltige Mobilität und Gebäudesanierung) beschlossen. Zwei der drei Anträge wurden geringfügig geändert.

Das Kulturamt plant einen sog. „Einmischtag“ unter dem Motto: Demokratie braucht Einmischen, Aushandeln, Zuhören, Überzeugen. Geplant sind eine Zivilgesellschaftsmesse, Mitmachaktionen, Planspiele, Diskussionen. Als Ort ist der Vorplatz des Rathauses angedacht, Termin könnte der 4. September sein.

Das Freiwilligenzentrum Gießen bekundet großes Interesse und wird das Kulturamt kontaktieren.

Zeitgleich zur Arbeitskreis-Sitzung tagt im Stadtverordneten-Sitzungssaal die Regionalversammlung Mittelhessen. Auf ihr wird ein Gewerbeflächenkonzept für Mittelhessen zur Kenntnis vorgestellt. Vier Bürgerinitiativen (darunter auch aus Lützellinden) protestieren dort gegen Neuausweisungen von Gewerbeflächen. Der Regionalplan wird Ende des Jahres in die Beteiligung gehen.

Ende November hat das "Café Nachtlicht" im Freiwilligenzentrum eröffnet. Das Café dient als Anlaufstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ist am Samstagabend geöffnet.

Professor Evers berichtet vom Monatstreffen des Netzwerks 2035null. Anwesend waren ca. 20 Personen unterschiedlicher Initiativen. Die Idee einer Einladung seitens der Stadt wird teilweise positiv bewertet.

Klimaschutz ist (neben anderem) Thema einer Veranstaltung der Initiative INA MAKKA am 1. Februar im Hermann-Levi-Saals des Rathauses. Die Flüchtlingshilfe Mittelhessen hat aus organisatorischen Gründen die Veranstalterschaft übernommen.

2 a) Veranstaltung Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement

Das von der Arbeitsgruppe (Prof. Evers, Dr. Hölscher, Herr Bassemir) auf der Basis der letzten Arbeitskreissitzung entwickelte Veranstaltungskonzept war am 20.12.2019 versendet worden. Kernpunkte sind:

- Veranstaltung wird zu einer Sondersitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
- Als Gäste werden Initiativen eingeladen, die für die Beteiligungsdebatte im engeren Sinne wichtig sind
- Eine Teilnehmerzahl um die 20 wird angestrebt
- Leitfragen werden vorab an die Referentin (Dr. Stephanie Bock, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin) übermittelt
- Statt eines Programmflyers persönliche Einladung

Das Konzept wird allgemein gebilligt. Die Auswahl der Initiativen wird erweitert. Eingeladen werden (mit jeweils einer Vertreter*in): 2035null, Fridays for Future, Scientists for Future, Agenda-Projektgruppe Klima, Agenda-Gruppen Energie und Nachhaltige Mobilität, BUND, AStA JLU, Geschäftsführung Freiwilligenzentrum.

Termin dieser Sondersitzung soll der 10 März (1. Priorität) oder der 20. Februar (2. Priorität) jeweils 18:00 Uhr sein.

2 b) Konzept Bürgerbeteiligung im Klimaschutz

Der Magistrat war von der Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden, „ ein Konzept zur Beteiligung und Information der Bürgerschaft ... vorzulegen. Darin wäre die Einrichtung eines Beirates für Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung zu erörtern.“ (Beschluss vom 26.09.2019).

Im Arbeitskreis wird dazu eine Fülle von Anregungen gegeben und diskutiert, ohne dass Beschlüsse gefasst werden. Im Einzelnen wird vorgeschlagen:

- Klimabeirat ist kein Allheilmittel; es sollten auch andere Beteiligungsformen genutzt werden. Ein Mix ist zu empfehlen.
- Ein Klimabeirat könnte unterschiedliche Zuschnitte haben: klein mit Aktivisten / groß mit gesellschaftlichen Interessengruppen.
- Der Klimabeirat sollte sich – um die Arbeitsfähigkeit zu wahren - in vier thematische Gruppen aufteilen, entlang der Themen: Mobilität / Wärme / Strom / Konsum und Ernährung. Ein Dachorgan (vergleichbar mit dem Agenda-Rat) könnte die Ergebnisse bündeln.
- In den Beteiligungsformaten sollten die Entscheidungsspielräume klar aufgezeigt werden, um Enttäuschungen zu vermeiden.

- Gesellschaftliche Gruppen müssen eingebunden sein, auch Handel und Gewerbe.
- Auch die gezielte Ansprache von Gruppen sollte überdacht werden.
- Veranstaltungsreihen sollten regelmäßig Wissen und Diskussion zusammenführen (auch die Informationsvermittlung wird im Beschluss eingefordert).
- Wichtig sind auch Online-Formate, etwa für Befragungen und das Sammeln von Maßnahmenvorschlägen.
- Um nicht nur die akademische Elite zu beteiligen (vgl. Evaluation Prof. Hornig), können ergänzend repräsentative Formen der Beteiligung oder eine Zufallsauswahl (Panel) gewählt werden. Dabei ist mit hohem Aufwand zu rechnen, so die überwiegende Einschätzung.
- Generell sollte die Praxis in anderen Städten beobachtet werden.

3. Sonstiges

Die nächsten Sitzungen werden neu terminiert.

Nachtrag des Protokollanten:

- *Termin der Sondersitzung (siehe oben) ist Dienstag, der 10. März 2020 um 17:30 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer.*
- *Der folgende Termin ist Donnerstag, der 26. März 2020 um 19:00 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer.*

23. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung (Sondersitzung)
Dienstag, 10. März 2020, 17:30 – 19:30 Uhr
im Magistrates-Sitzungszimmer (Rathaus, S02-023)

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen

Politik: Fraktion CDU, Fraktion Grüne

Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadträtin Klimaschutz, Stadtplanungsamt, Klimaschutzmanagement

Gäste: Agenda-Gruppe Energie, Agenda-Gruppe Nachhaltige Mobilität, Agenda-Projektgruppe Klima, AStA der Universität Gießen, BUND Gießen, Lebenswertes Gießen, Scientists for Future Gießen

Referentin: Dr. Stephanie Bock, Deutsches Institut für Urbanistik

Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

Begrüßung

Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz eröffnet die Sitzung. Sie hebt den besonderen Charakter der Sitzung hervor, die sich ausschließlich dem Thema „Bürgerbeteiligung im Klimaschutz“ widmet. Ausdrücklich begrüßt sie die anwesenden Klima-Initiativen und die Referentin Dr. Stephanie Bock vom Deutschen Institut für Urbanistik.

1. Vortrag Dr. Stephanie Bock

Unter dem Titel „Neue Ideen finden statt! Was tut sich in Hinblick auf Bürger*innenengagement und -beteiligung in der lokalen Umwelt- und Klimapolitik?“ zeigt die Referentin eine umfassende, halbstündige Präsentation. Als zentrale Ziele der Bürger*innenbeteiligung nennt sie:

1. Sensibilisieren, überzeugen und motivieren
2. Know-how einbinden und kooperieren
3. Engagement unterstützen und Ideen fördern
4. Verbindliche Strukturen aufbauen

und führt dazu jeweils exemplarisch kommunale Initiativen auf. Generell brauche es neue Formen der Beteiligung (Qualität), nicht ein Mehr des Vorhandenen. Dabei sollten Beteiligung und Engagement zusammen gedacht werden.

Als Herausforderungen nennt sie insbesondere die sozial ungleiche Beteiligung und das Spannungsfeld zur repräsentativen Demokratie. Notwendig seien u. a. eine veränderte Haltung sowie Mut und Offenheit zu Experimenten, die gemeinsame Entwicklung von Spielregeln für kooperative Prozesse, der Umbau von Strukturen, die Schaffung von Frei- und Entscheidungsräumen.

2. Diskussion

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Aspekte des Vortrags – mit Bezug auf Gießen – wieder aufgegriffen. Folgende Themen werden debattiert, die hier schlagwortartig zusammengefasst sind:

- Ziel: Alle Akteure erreichen

Zur Umsetzung der Klimaziele stelle sich die schwierige Aufgabe, alle Akteure zu erreichen, auch beteiligungsferne, zum Beispiel die migrantische Bevölkerung. Hier sei ein pro-aktives Zugehen erforderlich. „Akteure mit Aktionen erreichen.“

- Klimabeirat

Der Gießener Magistrat hat von der Stadtverordnetenversammlung den Auftrag erhalten, die Einrichtung eines Beirates für Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung zu prüfen. Frau Dr. Bock nimmt dazu Stellung: Zunächst sei zu fragen, welches Ziel mit einem solchen Gremium erreicht werden solle: Fachgremium oder Brücke in die Bürgerschaft? Dabei spitzt sich die Diskussion auf zwei Modelle zu: Gremium von Interessengruppen/Fachleuten zur Politikberatung (Beispiele: Klimabeirat Darmstadt, Klimaschutz- und Energiebeirat des Landkreises Gießen) oder Forum von Engagierten (Beispiel Klimabürger-Rat Konstanz)?

In der Diskussion thematisiert das Freiwilligenzentrum die Problematik bereits bestehender Netzwerke von Interessengruppen, die durch informelle Beteiligung eine demokratische (organisierte und öffentlich nachvollziehbare) Beteiligung konterkarieren können.

- Zufallsauswahl

Laut Frau Dr. Bock gebe es für Bürgergremien unterschiedliche Modelle einer Zufallsauswahl, etwa über das Melderegister oder ein Bewerbungsverfahren mit anschließendem Losentscheid.

Sie empfiehlt die Zufallsauswahl als gutes Instrument, um „Expertengremien“ zu mischen. Echte Repräsentativität sei mit einer Zufallsauswahl (selbst über das Melderegister) allerdings nicht zu erreichen. Aus dem Arbeitskreis wird ergänzt, dass der Aufbau von Know-how bei den Ausgewählten Zeit erfordere.

- Einbezug Akteurswissen

Das Freiwilligenzentrum hält die Einbindung des Know-hows der Akteure für wichtig und fragt nach dem organisatorischen Rahmen. Frau Dr. Bock unterstreicht, dafür müssten Freiräume innerhalb der Verwaltung aufgebaut werden. Die Stadt Dortmund ginge mit sogenannten „Innovationslaboren“ einen solchen Weg (neue Strukturen zwischen Wirtschaft und Verwaltung).

- Ergebnisoffenheit und Durchlässigkeit

Von Seiten der Klima-Initiativen wird die Ergebnisoffenheit von Beteiligungsverfahren eingefordert. Nötig seien Impulse von außen; dies setze Freiräume und die formale Durchlässigkeit von Verfahren voraus (z. B. Rederecht in Gremien). Der Koordinierungskreis 2035null sei bereit, sich in Beteiligungsformate einzubringen.

- Beteiligung an sozialräumliche Strukturen knüpfen

Übereinstimmend wird empfohlen, das Thema auf kleinräumige Strukturen (Stadtteile, Nachbarschaften, Schulen) „herunterzubrechen“. Der Klimabeschluss könne nur mit Bewusstseins- und Verhaltensänderungen an der Basis umgesetzt werden. Die Vertreterin des Nordstadtvereins erachtet dieses Konzept für sinnvoll.

Fazit: Am Ende steht bei den Beteiligten die Erkenntnis, dass ein einzelnes Beteiligungsformat zur Bürgerbeteiligung im Klimaschutz nicht ausreicht. Notwendig sei eine breite Strategie, die mehrgleisig und zielgruppenspezifisch arbeitet. Dabei sei auf Verbindlichkeit und Verlässlichkeit zu achten.

24. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Donnerstag, 28. Mai 2020, 18:00 – 20:00 Uhr
im Magistrats-Sitzungszimmer (Rathaus, S02-023)

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen
Politik: Fraktion Grüne
Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination
Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Organisatorisches

Die Protokolle der letzten beiden Sitzungen (23.01. und 10.03.) werden - bis auf eine kleine redaktionelle Änderung - bestätigt. Das Protokoll der Sondersitzung vom 10.03. soll den damals anwesenden Klima-Initiativen zwecks Zustimmung vorgelegt werden.

1. Aktuelles / Berichte

Das Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21 berichtet:

- Die Lokale Agenda steht seit Mitte März still. Alle Arbeitsgruppensitzungen wurden abgesagt, auch alle Aktionen (Vorträge, Info-Stände, die Großveranstaltung „Fluss mit Flair“). Am 26. Mai hat sich erstmals wieder eine Gruppe getroffen („Nachhaltige Mobilität“ im Hermann-Levi-Konzertsaal).
- Die Online-Bürgerbeteiligung hat zugenommen. Eine Umfrage auf Giessen-direkt zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Zeit erbrachte 100 Rückmeldungen.
- Noch vor den Sommerferien soll die Möglichkeit des Online-Bürgerantrags auf Giessen-direkt geschaffen werden. Laut Bürgerbeteiligungssatzung werden elektronische Verfahren nämlich nur anerkannt, wenn sie von der Stadt betrieben und betreut werden.

Das Stadtplanungsamt berichtet:

- Wegen der Schließung des Rathauses konnten Bebauungspläne nur nach Terminabsprache im Foyer eingesehen werden. Einige Großstädte haben wegen rechtlicher Unsicherheit ganz auf Offenlagen (und damit auf den Fortgang der Verfahren) verzichtet.
- Der Verkehrsentwicklungsplan ist vergeben. Die Auftaktveranstaltung kann nicht wie geplant stattfinden, stattdessen werden verstärkt Video-Formate (Vorträge, Interviews) und Online-Beteiligungen eingesetzt.

2. Konzept Bürgerbeteiligung im Klimaschutz

Zum Einstieg in die Diskussion präsentiert Prof. Evers einen Vorschlag, der aus der Sondersitzung vom 10.03. erwachsen ist. Die drei Eckpunkte des Konzepts lauten:

1. Klimabeirat - Vertreter aus der Stadtgesellschaft einbeziehen
2. Arbeitsgruppen - Sachverstand und Erfahrungswissen nutzen
3. Bürgerforen vor Ort - Informieren, Zuhören, ins Gespräch kommen

In der folgenden Debatte wird dieses Konzept vom Arbeitskreis im Grundsatz gutgeheißen. Zu den drei Eckpunkten gibt es folgende Hinweise:

ad 1) Der Klimabeirat sollte als beratendes Gremium der Politik breit aufgestellt sein, d.h. mit gesellschaftlichen Interessengruppen.

ad 2) Die vier thematischen Arbeitsgruppen (Mobilität, Energie, Stadtentwicklung, Konsum) werden als sinnvolle Untergliederung des Themas auf der Sachebene betrachtet. Statt des sehr umfassenden Begriffs „Stadtentwicklung“ wird vorgeschlagen: „Städtebauliche Entwicklung“ oder „Wärmeversorgung“. Zustimmung findet der Vorschlag, die Hochschulen einzubeziehen und entsprechende Institute gezielt auf die Arbeitsgruppen anzusprechen.

Ungeklärt ist die Anbindung der Gruppen an den Klimabeirat, das Verhältnis zu den bereits bestehenden Gruppen (Arbeitsgruppen innerhalb des Bündnisses 2035null, zu den Agenda-Gruppen, zur verwaltungsinternen Struktur). Organisieren sich die Gruppen selbst, haben sie ein Vorschlagsrecht im Klimabeirat? Ungeklärt ist auch, wie eine Prüfung von Vorschlägen – idealerweise in mehreren Varianten/Optionen – erfolgen soll.

ad 3) Die Ausrichtung von Bürgerforen vor Ort (Stadtteile, Schulen usw.) wird als sinnvolle Aktivität an der Basis betrachtet. Allerdings erfordert die Umsetzung erhebliche zusätzliche personelle Ressourcen. Erforderlich ist ein professionelles Moderationsteam. Evtl. könnte das Freiwilligenzentrum hier Hilfestellung leisten.

Unbedingt sollten vorhandene Strukturen genutzt werden (wie der „Nordtalk“ in der Weststadt).

Allgemein wird angemerkt, dass die Schwierigkeiten in der Verzahnung der Ebenen und der Vermeidung von Parallelstrukturen liegen. Das Konzept erfordere eine gewisse Offenheit bzw. die Bereitschaft, „einen Weg zu beschreiten“.

Es wird vereinbart, dass eine kleine Arbeitsgruppe (Evers, Hölscher, Bassemir) den Vorschlag auf Basis der Diskussion überarbeitet. Dieser wird dem Arbeitskreis per E-Mail vorgelegt. Ziel ist eine abgestimmte Empfehlung des Arbeitskreises.

Die Oberbürgermeisterin bekräftigt die Absicht, den Klima-Bericht zusammen mit dem Bürgerbeteiligungskonzept im September „in einem Guss“ den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit vorzustellen. Sie hält auch weitere Beteiligungsformate für sinnvoll, zum Beispiel online Ideen zu sammeln, was jede/r einzelne zur Erreichung der Klimaneutralität tun kann.

3. Sonstiges

Als Termin der nächsten Sitzung ist Donnerstag der 20. August 2020 um 18:00 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer vereinbart. Dann kann u. a. das mehrfach verschobene Thema „Beteiligung und Engagement im Kulturbereich“ behandelt werden.

**25. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Donnerstag, 20. August 2020, 18:00 – 20:00 Uhr
im Magistrats-Sitzungszimmer (Rathaus, S02-023)**

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen
Politik: Fraktion Grüne, Fraktion CDU
Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination
Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Organisatorisches

Das Protokoll der letzten Sitzung (28.05.20) wird bestätigt. Der Tagesordnungspunkt 3 wird mit Rücksicht auf den Gast vorgezogen.

1. Beteiligung und Engagement im Kulturbereich

Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher gibt einen Überblick über die Beteiligungsformate im Kulturbereich in vier Bereichen:

- Oberhessisches Museum. Die Bürgerbeteiligung zur Konzeptionsphase („Stadt-labor“, siehe <https://stadtlabor.giessen.de/>) ist abgeschlossen; jetzt werden neue Formate erarbeitet und umgesetzt.
- Kunsthalle. Keine breite Bürgerbeteiligung.
- Kulturförderung. Mit dem „Kulturforum“ gibt es ein bewährtes Beteiligungsformat (2 x jährliche Treffen). Momentan entwickelt sich daraus als „Ausgründung“ eine Koalition der Freien Szene. Die Szene plant die Wiederaufnahme des Leitlinien-Prozesses und evtl. „Wahlprüfsteine“ zur Kommunalwahl.
- Bibliothek. Mit Veranstaltungen vor Ort und der mobilen Bibliothek werden neue Nutzer*innen gewonnen.

Gegenwärtiges Thema ist die Beteiligungsrunde mit 3 Workshops zur Schaffung eines Kulturgewerbehofs (in der alten Feuerwache Steinstraße).

Im Arbeitskreis wird gefragt, ob Klimaschutz ein großes Thema im Kulturbereich sei (ähnlich <https://mdbk.de/ausstellungen/zero-waste/>, Leipziger Ausstellung „Zero Waste“). Antwort: Im Alltagshandeln ja, in der ästhetischen Produktion eher nicht. Inhaltliche Bedeutung haben Nachhaltigkeitsthemen allerdings bei der Bibliothek.

2. Aktuelles / Berichte

Das Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21 berichtet:

- Seit 20. Juli gibt es die Möglichkeit, einen Bürgerantrag auch online zu stellen, siehe <https://giessen-direkt.de/giessen/de/ideaPtf/53747>. Laut Bürgerbeteiligungssatzung war dafür Voraussetzung, dass das Online-Verfahren von der Stadt eingeführt und betreut wird. Eine Registrierung auf der Plattform ist erforderlich.

3. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Das Stadtplanungsamt und die Verkehrskoordination berichten:

- Bei der Online-Bürgerbeteiligung zum Verkehrsentwicklungsplan gibt es schon 400 Anregungen (von 51 Personen); das Verfahren läuft noch einen Monat. Parallel dazu werden wichtige Akteurs-Gruppen interviewt. Die Ergebnisse werden in der Lenkungsgruppe (mit allen Fraktionen) diskutiert. Geplant sind zwei öffentliche Veranstaltungen trotz Corona-Beschränkungen (evtl. im Rathaus-Atrium mit Online-Streaming). Auch der Nahverkehrsplan (kürzeres Planungsverfahren; nur Stadtbus) ist beauftragt.
- In Kürze wird die Online-Beteiligung zu zwei Gießener Plätzen starten (Vorplatz Botanischer Garten und Erwin-Stein-Haus). Dabei soll nicht nur die Kommentierung möglich sein, sondern auch der Upload von eigenen Plänen. Städtebauliches Ziel ist die Attraktivierung der Platzbereiche mit Anlage von Grüninseln und die Verbesserung der Verkehrssituation (im Rahmen des Bundesländer-Förderprogramms „Zukunft Stadtgrün“).
- Philosophenhöhe (ehem. Motorpool): Die Corona-Beschränkungen führten zu einer Verzögerung der Kampfmitteräumung. Die Verhandlungen mit dem vorgesehenen Bauträger laufen noch. Besonderheit ist das Baufeld für gemeinschaftliche Wohnformen. Hierzu können sich interessierte Initiativen noch bewerben.

4. Sonstiges

Prof. Evers hat das in der letzten Sitzung erarbeitete Beteiligungskonzept zum Klimaschutz im Koordinationskreis 2035null vorgestellt. Er berichtet über ein geteiltes Echo: einerseits Interesse, andererseits Skepsis. Für die Initiativen sei offenkundig wichtiger, politischen Druck zu organisieren.

Frau Speier berichtet von guter Resonanz im Vorstand des Nordstadtvereins zu den geplanten Bürgerveranstaltungen vor Ort. Es gäbe im Quartier schon viele Ansätze und Interesse an einer Arbeitsgruppe „Verkehr“. Das Stadtteilmanagement hat schon einen Termin mit dem Klimaschutzmanagement der Stadt gemacht.

Prof. Evers teilt mit, dass er den Arbeitskreis aus Altersgründen verlässt. Seine Nachfolgerin in der Vertretung des Freiwilligenzentrums wird Alexandra Böckel sein. Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz bedankt sich bei Prof. Evers für seine konstruktive Mitarbeit. Er sei für den Arbeitskreis stets ein bereichernder Impulsgeber gewesen. Dem schließen sich alle Anwesenden an.

Abschließend wird über die weiteren Themen des Arbeitskreises diskutiert. Ein Vorschlag lautet, die Autorinnen der aktuellen „Beteiligung und Mitwirkung im kommunalen Klimaschutz, Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem Vorhaben Klima-KomPakt“ des Heidelberger ifeu-Instituts (siehe <https://www.klimaschutz.de/publikationen>) einzuladen. Auch das Thema „Öffentlichkeitsarbeit unter Beteiligung der Bürger*innen“ (z. B. Logo-Wettbewerbe) ließe sich damit verbinden.

Ein Hauptthema des nächsten Treffens wird nicht festgelegt. Auf jeden Fall soll über den Weitergang der Klimaschutz-Beteiligung berichtet werden. Außerdem wird ange-regt, sich auch einmal im Stadttheater zu treffen.

Als Termin der nächsten Sitzung ist Donnerstag, der 19. November 2020 um 18:00 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer vereinbart.

26. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Mittwoch, 24. Februar 2021, 18:00 – 20:00 Uhr
im Stadtverordneten-Sitzungssaal (Rathaus)

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen
Politik: Fraktion Grüne, Fraktion CDU
Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination
Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Organisatorisches

Als neue Vertreterin des Freiwilligenzentrums für Stadt und Landkreis Gießen wird Alexandra Böckel willkommen geheißen.

Das Protokoll der letzten Sitzung (20.08.20) wird bestätigt.

1. Aktuelles

Michael Bassemir berichtet über den ersten Online-Bürgerantrag „Fahrradstraßen auf dem inneren Anlagenring sowie zwei Fahrradstraßen-Achsen durch die Innenstadt“. Der Antrag befindet sich derzeit im Gremienlauf. Laut Bassemir wäre dieser Antrag ohne das Online-Angebot in Corona-Zeiten kaum möglich gewesen; durch die Verlinkung in sozialen Netzwerken erhielt er eine hohe Dynamik. Außerdem hat am 12. Februar die erste Online-Bürgerschaftsversammlung (nach Bürgerbeteiligungssatzung) zum Bürgerantrag stattgefunden.

Im Arbeitskreis gibt es dazu zwei Anregungen:

- Die Sammelphase eines Bürgerantrags in irgendeiner Weise zeitlich zu begrenzen, um „Altlasten“ zu verhindern,
- Bei einer Online-Bürgerschaftsversammlung auch einen Online-Stream anzubieten, um bei Überschreiten der maximalen Teilnehmerzahl allen Interessierten wenigstens das passive Zuschauen zu ermöglichen.

2. Sachstand Beteiligung im Klimaschutz

Klimaschutzmanagerin Evelina Stober berichtet über den Umsetzungsstand des Bürgerbeteiligungskonzepts, welches am 26.09.2020 beschlossen wurde und in großen Teilen auf die Anregungen des Arbeitskreises zurückgeht. Es umfasst folgende Elemente: Regelmäßige Berichterstattung / Klimabeirat / Thematische Arbeitsgruppen / Angebote vor Ort / Online-Ideenplattform / Online-Bürgerantrag / Informationsmaterialien. Fast alle Formate – bis auf „Angebote vor Ort“ – sind inzwischen ins Leben gerufen worden.

Im Arbeitskreis werden dazu folgende Fragen gestellt bzw. Anregungen gegeben:

- Wie viele Personen nehmen an den Arbeitsgruppen teil? – Zwischen 20 und 50.
- Gibt es schon konkrete Pläne für die „Angebote vor Ort“? – Nein, sie sind noch in der Konzeptionsphase.
- Entscheidend für den Erfolg der Arbeitsgruppen wird sein, ob Maßnahmen tatsächlich in die Umsetzung kommen bzw. wie die Rückkopplung zu den Teilnehmer*innen erfolgt. – Die Maßnahmen werden vom Fachkreis Klimaschutz bewertet; die systematische Rückkopplung läuft gerade erst an.

3. Bürgerengagement: das Beispiel Sauberkeitspaten

Angelika Nailor, Geschäftsführerin des Vereins „Ehrenamt Gießen“, stellt das Projekt „Sauberkeitspaten“ vor, eine Kooperation des Vereins mit Stadtreinigungsamt und Klimaschutzmanagement. Über 100 Einzelpersonen sammeln auf selbstgewählten städtischen Flächen Müll ein und werden dabei unterstützt (Ausstattung, Vereinsleben, Versicherungsschutz, Zertifikate). Die Motivation besteht darin, sich als Teil der Zivilgesellschaft zu begreifen und Missstände nicht einfach hinzunehmen, sondern unmittelbar und aus eigener Kraft etwas zu bewirken.

Folgende Nachfragen werden beantwortet:

- Wieviel Müll wird genau gesammelt? – Es gibt keine Mengenerfassung; die Pat*innen erhalten normale Restmüllsäcke, die neben die Mülltonne gestellt werden.
- Wäre eine task-force denkbar? – Eher nicht. Es handelt sich überwiegend um Berufstätige, die nach eigenem Zeitbudget den Müll einsammeln.

Jürgen Söhngen weist auf die regelmäßigen Reinigungsaktionen der Agenda-Gruppe „Urbane Gewässer und Gärten“ hin. Michael Bassemir wird den Kontakt herstellen.

4. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Dr. Holger Hölscher berichtet über die Internet-Beteiligung zu Platzgestaltungen sowie zum Sachstand der Verkehrsentwicklungsplanung.

Für den Vorplatz des Botanischen Gartens und den Platz vor dem Erwin-Stein-Gebäude konnten im September auf der Online-Beteiligungsplattform Planungsunterlagen (Luftbild und Katasterplan) heruntergeladen sowie eigene Anregungen, Bilder und Zeichnungen hochgeladen werden. Die Beteiligung war überschaubar (20 Anregungen und 7 graphische Ideenvorschläge) und qualitativ unterschiedlich. Jetzt prüfen Planungsbüros die Machbarkeit der Vorschläge. Nächster öffentlicher Schritt ist die Vorlage eines Vorentwurfs.

Dagegen erbrachte der Online-Dialog zum Verkehrsentwicklungsplan große Resonanz, siehe https://www.giessen.de/media/custom/2874_3140_1.PDF?direct. Es gab 685 Eingaben, 191 Kommentare und 1492 Bewertungen. Unter der Fülle an Beiträgen gab es auch etliche Kleinmaßnahmen-Vorschläge (z. B. Bordsteinabsenkung); zum Teil auch sehr konträre Wünsche. Ein Zwischenbericht ist für Ende März geplant; danach ist der

parlamentarische Beschluss eines Leitbilds mit begleitender Bürgerbeteiligung (bevorzugt als Präsenzveranstaltung) vorgesehen.

5. Sonstiges

Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz dankt zum Ende der Legislaturperiode allen Mitgliedern des Arbeitskreises für die konstruktive Zusammenarbeit.

In der nächsten Sitzung, so der allgemeine Wunsch, soll die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Sozialen Stadterneuerung vorgestellt werden.

Als weitere Sitzungstermine wurden bereits benannt (immer Mittwoch 18:00 Uhr): 19. Mai, 01. September und 24. November.

27. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Mittwoch, 19. Mai 2021, 18:00 – 19:30 Uhr
im Stadtverordneten-Sitzungssaal (Rathaus)

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen
Politik: Fraktion Grüne, Fraktion CDU, Fraktion SPD
Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination
Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

0. Begrüßung und Organisatorisches

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz begrüßt als neue Vertreter*innen der Fraktionen Katarzyna Bandurka (SPD) und Michel Zörb (GRÜNE). Sie erläutert die Funktion des Arbeitskreises. In der Regel werde pro Sitzung ein Politikbereich unter dem Blickwinkel der Beteiligung intensiver betrachtet; in der heutigen Sitzung sei dies die Soziale Stadterneuerung. Es schließt sich eine Vorstellungsrunde an.

Das Protokoll der letzten Sitzung (24.02.2021) wird bestätigt. Es wird online gestellt.

1. Aktuelles

Michael Bassemir berichtet über die Entwicklungen seit der Februar-Sitzung. Bei den Online-Bürgeranträgen (<https://giessen-direkt.de/giessen/de/ideaPtf/53747>) gab es eine hohe Dynamik:

- Der Bürgerantrag „Fahrradstraßen auf dem inneren Anlagenring sowie zwei Fahrradstraßen-Achsen durch die Innenstadt“ wurde am 04.03.2021 abgeändert beschlossen.
- Neu ist der Antrag für eine Expressbuslinie Bahnhof – Philosophikum. Er gewinnt rasant an Unterstützungen.
- Ebenfalls neu ist ein Antrag für die Bismarckstraße als Fahrradstraße.

Bei der Online-Unterstützung muss angegeben werden: Adresse, E-Mail (zur Validierung) und Geburtsdatum, so Bassemir auf Nachfrage.

Im April fand auf der Beteiligungsplattform eine kleine Umfrage zu weiteren Fahrradboxen am Bahnhof statt. Ziel war die Bedarfsermittlung (Standorte, Mietwünsche).

2. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Sozialen Stadterneuerung

Dr. Anna Hoffmann, Leiterin der Koordinierungsstelle Soziale Stadterneuerung zeigt eine Präsentation über die wesentlichen Beteiligungsgremien in der Quartiersentwicklung von Flussstraßenviertel, Nördlicher Weststadt und Eulenkopf. Diese Quartiere sind

Programmgebiete des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals Soziale Stadt). In diesen institutionalisierten Gremien (auf Basis eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes ISEK) sind Bewohner*innen, soziale Institutionen und Wohnungswirtschaft vertreten, Bewohner*innen immer in der Mehrheit. In den Programmgebieten gibt es weiterhin thematische Arbeitsgruppen (z. B. zu den Themen Müll, Öffentlicher Raum, Soziale Nachbarschaften), Quartiersrundgänge und Bewohnerversammlungen. Außerdem findet Bürgerbeteiligung im Rahmen von Projekten (Grünflächen, Spielplätze u.a.) statt.

Neu aufgelegt wurde der Quartierfonds, mit dem gemeinwohlorientierte Projekte im Programmgebiet gefördert werden. Antragsberechtigt sind u.a. Bewohnergruppen, lokale Initiativen und Vereine im Quartier, entschieden wird durch das Beteiligungsgremium.

Im Arbeitskreis werden dazu folgende Fragen gestellt und beantwortet:

- Warum gehört die Margaretenhütte nicht zur Sozialen Stadterneuerung? – Dieses Quartier liegt im Programmgebiet „Wachstum und nachhaltige Erneuerung (ehemals Stadtumbau) und wird vom Stadtplanungsamt betreut.
- Welche Projekte wurden für den Quartierfonds vorgeschlagen? – Als Ideen werden gerade folgende Beispiele zusammengetragen: die Anlage eines „Naschgartens“, mobile Spiel- und Sportgeräte.
- Um welche Summen geht es beim Quartierfonds? Pro Jahr 3.000,- € im Flussstraßenviertel und im Eulenkopf, davon maximal 1.000,- € je Projekt. In der Nördlichen Weststadt 25.000 €, davon maximal 3.000,- € je Projekt. Davon zahlen 70% das Land und 30% die Stadt. Der Fonds fördert eher viele kleine Projekte.
- Wie ist die interkulturelle Durchmischung? Beteiligen sich migrantische Gruppen? – Bisher nicht. Das ist eine Herausforderung. Die Gruppen sollen gezielt über spezielle Programme der Gemeinwesenarbeit angesprochen werden (etwa über das Projekt „Angekommen in Gießen“ <http://angekommen-giessen.de> und „Neue Zuwanderung in unseren Stadtteil“).
- Was ist mit den schwer Motivierbaren? Beteiligt sich nur eine kleine Elite? – Es gibt einen „harten Kern“. Das Quartiersmanagement organisiert / moderiert die Treffen und spricht gezielt Gruppen an, sogar von Teilgebieten des Quartiers. Es ist ein Lernprozess.
- Gibt es Überschwappeffekte in die „normale“ Bürgerbeteiligung? – Beim Verkehrsentwicklungsplan wurden die Anregungen vom Quartiersmanagement gesammelt und dann eingebracht. Dadurch wurden Hemmschwellen reduziert.
- Was ist, wenn die Förderung der Programmgebiete (Laufzeit der Förderung: 10 Jahre + 2-3 Jahre Verstetigung) wegfällt? - Es werden jetzt schon Verstetigungskonzepte erarbeitet. Diese sollen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

3. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Das Stadtplanungsamt berichtet:

- Eine außergewöhnliche Bürgeransprache findet im Sanierungsgebiet "Schanzenstraße/Mühlstraße" statt. Von etwa 300 Haushalten werden Ausgleichsbeträge (überwiegend 5-stellige Summen) erhoben. Dadurch wird die nach Bundesrecht vorgeschriebene sanierungsbedingte Bodenwertsteigerung abgeschöpft. Es ist mit Widersprüchen und Rechtsstreitigkeiten zu rechnen. Daher wurden die Informationen in einer Veranstaltung transparent gemacht und auf die Optionen (z. B. eine vorzeitige Ablösung mit Rabatt) hingewiesen. Mit einem Ankündigungsschreiben zu der bevorstehenden Bescheiderhebung wurde nun erneut die Möglichkeit einer Beratung und Stellungnahme angeboten. Aufgrund der geringen Rückmeldung der Eigentümer wird davon ausgegangen, dass die Bescheiderhebung und Zahlung wenig Widersprüche erzeugen wird.
- Die Bürgerbeteiligung zum Verkehrsentwicklungsplan VEP erreicht einen ersten Meilenstein (Diskussion der Bestandsanalyse). Dazu findet am 8. Juni eine digitale Akteursveranstaltung (mit den aktiven Organisationen, die interviewt wurden) statt. Am 16. Juni um 17:00 Uhr folgt dann eine digitale Bürgerversammlung. Um niemanden abweisen zu müssen, soll dies mit einer Zoom-Lizenz für 1000 Teilnehmende realisiert werden. Die Bestandsanalyse wird in beiden Veranstaltungen vorgestellt.
Aus dem Arbeitskreis kommt die Empfehlung, die städtischen Beteiligungsangebote zum Verkehr stärker zu vernetzen (z. B. mit den Klimaschutz- und Agenda-Arbeitsgruppen zum Thema).

Die Verkehrskoordination berichtet zum Umsetzungsstand des geänderten Fahrradstraßen-Bürgerantrags. Herr Pausch benennt die finanziellen, technischen und personellen Komplikationen bei der Umsetzung. Der Zeitplan sei zu ambitioniert, um den Verkehrsversuch in einer so kurzen Vorbereitungsphase zu einem Erfolg zu machen.

5. Sonstiges

Themenvorschläge für die nächsten Sitzungen werden gesammelt und besprochen, mit folgendem Resultat:

- September-Sitzung: Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund
- November-Sitzung: Bürgerbeteiligung im Klimaschutz

Die Themen: „Jugendarbeit/Jugendbeteiligung“ und „Beteiligung der freien Kulturszene“ werden zunächst zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz schließt die Sitzung mit dem Hinweis, bei Einführung der Bürgerbeteiligungssatzung seien die neuen Beteiligungsinstrumente auch auf Skepsis gestoßen. Die aktuelle Entwicklung der Bürgeranträge zeige eine erfreuliche Akzeptanz.

Als Termin der nächsten Sitzung ist Mittwoch, der 1. September 2021 um 18:00 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaal vereinbart.

28. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung **Mittwoch, 24. November 2021, 19:15 – 21:15 Uhr** **- online -**

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21, Freiwilligenzentrum Gießen

Politik: Fraktion Grüne, Fraktion CDU

Verwaltung: Oberbürgermeisterin, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination

Als Gäste: Büro für Integration (Julia Hettenhausen) und Ausländerbeirat (Olga Royak und Mutaz Faysal)

Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

1. Aktuelles

Das Protokoll der letzten Sitzung (19.05.2021) wird bestätigt. Es wird online gestellt.

Michael Bassemir berichtet über die Entwicklungen seit der letzten Sitzung:

- Die neue politische Mehrheit bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zur Bürgerbeteiligungssatzung und will im Falle einer juristischen Niederlage die Satzung so anpassen, dass möglichst viele Beteiligungsrechte erhalten bleiben. Außerdem werden neue Formen der Beteiligung angestrebt (Bürger*innengutachten mit Zufallsauswahl).
- Noch während der Sammelphase wurde der Bürgerantrag „Expressbuslinie Bahnhof – Philosophikum“ von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (am 08.07.21).
- Der Bürgerantrag „Kein Verkehrsversuch Philosophenstraße“ kommt als Antrag des Ortsbeirats Wieseck am 30.11.21 in den Umweltausschuss und am 30.11.21 zur Entscheidung in die Stadtverordnetenversammlung.
- Seit 01.09.21 läuft das Zulassungsverfahren für ein Volksbegehren „Gesetz zur Umsetzung der Verkehrswende in Hessen“ (<https://verkehrswende-hessen.de>). Bisher war ein Volksentscheid (nach § 71 der Hessischen Verfassung) noch nie erfolgreich. Im Dezember 2018 war das Quorum für das Begehren auf 5% der Wahlberechtigten abgesenkt worden, so dass es erstmals zu einem Volksentscheid kommen könnte.
- Auf der Online-Beteiligungsplattform Gießen-direkt läuft noch bis zum Jahresende eine Beteiligung zu „Angst-Orten“ in Gießen, siehe: <https://giessen-direkt.de/giessen/de/mapconsultation/56285>.

2. Bürgerbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

Julia Hettenhausen vom Büro für Integration zeigt eine Präsentation unter dem Titel „Weil sie nicht wollen, weil sie nicht können oder weil sie nicht gefragt werden? – Bürgerbeteiligung in der Einwanderungsgesellschaft“. Darin stellt sie zunächst die Gießener Situation dar: 18% der Bevölkerung hat einen ausländischen Pass, was mit anderen Städten dieser Größenordnung vergleichbar sei. Der Anteil „mit Migrationshintergrund“ sei nur zu schätzen. Generell gäbe es eine große Vielfalt migrantischer Lebenslagen.

Die oft beklagte Unterrepräsentierung migrantischer Gruppen sei differenziert zu betrachten; stärker als die Herkunft wirke das Milieu (= Gruppen gleicher Wertehaltungen und sozialer Lage). Die zivilgesellschaftliche Teilhabe kumuliere in bestimmten Milieus.

Weiterhin stellt sie hemmende Faktoren für die Beteiligung dar, z. B. fehlende Erfahrung, fehlende Sprachkenntnisse, fehlendes Vertrauen, fehlende staatsbürgerliche Rechte. Als förderliche Faktoren nennt sie u. a. die zielgerichtete, persönliche Ansprache, die politische Bildung die Schaffung von Vertrauen.

Zuletzt nennt sie als zentrale Akteure: den Ausländerbeirat als politische Interessenvertretung und das städtische Integrationsbüro.

In der Diskussion wird die Überrepräsentierung von Männern angesprochen – bei der Beteiligung migrantischer und nicht-migrantischer Gruppen, aber auch generell im politischen Prozess.

Aus dem Arbeitskreis werden folgende Empfehlungen gegeben, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erreichen:

- Kurze, informelle Beteiligungsformate wählen
- Muttersprachliche Ansprache
- Beteiligung vor Ort („Haustür“)
- Gewinnung von Kontaktpersonen („Brückenbauer*innen“)

Anschließend ergänzen Mutaz Faysal aus der arabisch/syrisch/muslimischen Community und Olga Royak für das Deutsch-russische Zentrum mit Berichten aus der Praxis. Beide betonen, dass die Älteren aufgrund ihrer Grunderfahrungen von Politik (z. B. Diktatur, nicht existierende Kommunalpolitik) schwer zu erreichen seien. Beide unterstreichen, wie wichtig die Ansprache von Kindern und Jugendlichen durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit ist; hier gebe es Erfolge.

Der angesprochene „Brückenbau“ sei notwendig; allerdings stoße das Ehrenamt hier an seine Grenze.

3. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Das Stadtplanungsamt berichtet:

- Eine digitale Akteursveranstaltung zum Verkehrsentwicklungsplan VEP fand am 8. Juni statt. Die Veranstaltung wurde professionell moderiert und zeichnete sich durch eine Fülle von innovativen Formaten aus (Speed-Dating, Wortwolke,

Kleingruppen). Leider nahmen nur 31 Personen teil. Ende des Monats werden die erarbeiteten Ziele des VEP in den Gremiengang kommen, um im Dezember vom Parlament beschlossen zu werden.

- Eine private Initiative hatte sich 2019 zum 750-jährigen Jubiläum Kleinlindens gegründet. Sie will mithilfe einer Zukunftswerkstatt und eines vorgeschalteten Fragebogens herausfinden, welche Zukunft sich die Kleinlindener wünschen. In einem Vorgespräch mit der Stadt wurde die Online-Unterstützung auf Gießen-direkt zugesagt.
- Eine große Fragebogenaktion zum Einzelhandelskonzept Innenstadt wird in den nächsten Tagen gestartet, unterstützt mit QR-Codes in Schaufenstern und einer Verlinkung auf Gießen-direkt. Zielgruppe sind die Kund*innen der Innenstadt. Auf Nachfrage ergänzt Herr Dr. Hölscher, es handele sich dabei um eine informelle Planung, die gleichwohl Grundlage für B-Pläne darstelle. Das letzte Konzept sei über 10 Jahre alt. Ein Entwurf soll im Sommer 2022 vorgelegt werden.

4. Sonstiges

Das Thema für die nächste Sitzung wird „Bürgerbeteiligung im Klimaschutz“ sein, wie in der letzten Sitzung vereinbart. Termin ist Mittwoch, der 23. Februar 2022 um 18:00 Uhr, online oder im Stadtverordnetensitzungssaal.

Die Themen „Jugendarbeit/Jugendbeteiligung“ und „Beteiligung der freien Kulturszene“ sind für spätere Termine vorgemerkt.

Als weitere Termine 2022 werden vereinbart:

Mittwoch, 11. Mai 18:00 Uhr

Mittwoch, 14. September 18:00 Uhr

Mittwoch, 23. November 18:00 Uhr

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz verabschiedet sich zum Ablauf Ihrer Dienstzeit aus dem Arbeitskreis. Dieser Arbeitskreis sei 2015 zusammen mit der Bürgerbeteiligungssatzung ins Leben gerufen worden und habe sich bewährt. Auf die Gießener Beteiligungsangebote – und es gebe außerordentlich viele - könne die Stadt stolz sein.

29. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Mittwoch, 23. Februar 2022, 18:00 – 20:00 Uhr
Rathaus, Stadtverordneten-Sitzungssaal

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21

Politik: Fraktion Grüne

Verwaltung: Oberbürgermeister, Stadtplanungsamt, Verkehrskoordination

Als Gast: Evelina Stober (Klimaschutzmanagement)

Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

1. Aktuelles

Oberbürgermeister Frank-Tilo Becher nimmt erstmals am Arbeitskreis teil und begrüßt die Anwesenden.

Das Protokoll der letzten Sitzung (24.11.21) wird bestätigt. Es wird online gestellt.

Michael Bassemir berichtet über neue Entwicklungen seit der letzten Sitzung:

- Die Bürgerbeteiligungssatzung wurde im Januar vom Verwaltungsgerichtshof in wesentlichen Punkten (Bürgerfragestunde, Bürgerversammlung, Bürgerantrag) für unwirksam erklärt. Die Stadtverordnetenversammlung musste sie am 17.02.2022 aussetzen. Zwei Bürgeranträge in der Sammelphase („Regio-Tram“ und „Fahrradstraße Bismarckstraße“) liegen damit auf Eis. In der gleichen Sitzung wurde der Magistrat beauftragt, bis zu den Sommerferien eine Änderungssatzung vorzulegen. Weiterhin soll geprüft werden, das Vertreterbegehren nach HGO und einen gelosten Bürgerrat in die Satzung zu integrieren. Bürgeranfragen nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sind weiterhin möglich.
- Der vorläufig letzte Bürgerantrag „Kein Verkehrsversuch Philosophenstraße“ wurde von der Stadtverordnetenversammlung geändert beschlossen, in der zentralen Forderung de facto abgelehnt.
- Auf der Online-Beteiligungsplattform Gießen-direkt läuft noch bis Ende März eine Beteiligung zu „Nachttaxi oder ... Was brauchen Sie für Ihren sicheren Heimweg?“, siehe: <https://giessen-direkt.de/giessen/de/mapconsultation/57094>.

Auf vielfache Anregung soll der nächste Termin des Arbeitskreises dazu genutzt werden, den Entwurf der Änderungssatzung zu diskutieren.

2. Bürgerbeteiligung im Klimaschutz

Evelina Stober vom städtischen Klimaschutzmanagement gibt ein Update zur Bürgerbeteiligung im Klimaschutz; sie hatte zuletzt vor einem Jahr im Arbeitskreis berichtet. Die damals geschaffenen Formate (u. a. Klimabeirat, Thematische Arbeitsgruppen, Angebote vor Ort, Online-Ideenplattform) werden unterschiedlich angenommen; größeren Raum nimmt inzwischen die interne Beteiligung (Klimacheck, Klimafortbildung) ein. Aus den kommunalpolitischen Gremien sind seit November 2020 18 Anträge und Anfragen zum Thema gestellt worden.

In der Diskussion werden folgende Empfehlungen für die Weiterarbeit gegeben:

- Für die Glaubwürdigkeit der Beteiligung ist es entscheidend, dass Vorschläge ernsthaft in Betracht gezogen und konstruktiv geprüft werden
- Wichtig ist, Entscheidungsspielräume klar zu definieren, um Enttäuschungen zu vermeiden
- Das Primat der Politik muss kommuniziert werden
- Abwägungen sollten transparent kommuniziert werden (etwa in Form einer Abwägungstabelle mit Ampelsymbolik)
- Doppelstrukturen (Thematische Arbeitsgruppen / Agenda-Arbeitsgruppen) sind nicht hilfreich
- Die Beteiligung sollte an konkreten Projekten ansetzen (z. B. einer Platzgestaltung), das erzeugt Sichtbarkeit
- Externe Moderation hat sich bewährt
- Lange Planungszeiträume (gerade im Verkehrsbereich) schaffen Frustration.
- Empfohlen wird, Bürgerbeteiligung auszuwerten: Wo hat Beteiligung Wirkung gezeigt, wo nicht? Gibt es ein Feedback-System?

3. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Das Stadtplanungsamt berichtet:

- Die Fragebogenaktion zum Einzelhandelskonzept hatte dank der multimedialen Ansprache (Zeitung, Internet, soziale Medien, Schaufenster) einen guten Rücklauf von 531 ausgefüllten Bögen. Die Altersgruppe der Unter-25-Jährigen wurde kaum erreicht. Sie soll mit Unterstützung der Universität noch einmal separat befragt werden.
Interessante Fragestellungen sind zum Beispiel die Auswirkung des Online-Handels und der Corona-Pandemie auf den Innenstadthandel. Dazu laufen die Auswertungen; sie werden der Lenkungsgruppe in der nächsten Sitzung vorgestellt. Mit dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ soll die Innenstadt 2022/23 auch kulturell attraktiviert werden.
- Bürgerantrag Fahrradspuren Anlagenring: Das beauftragte Büro hat 5 Varianten untersucht; das Verkehrsmodell liegt vor. Nächster Schritt ist die Durchführung einer Mikrosimulation. Die Varianten werden voraussichtlich im Bau-Ausschuss am 22. März vorgestellt; danach schließt sich die Beteiligung der Öffentlichkeit an. Die Umsetzung ist für den Herbst geplant.

- Zukunftswerkstatt Kleinlinden: Die Privatinitiative konnte ihre Ziele (Fragebogenaktion, Online-Beteiligung, Zukunftswerkstatt) nicht wie vorgesehen erreichen. Es fehlte an personeller Stärke. Die Stadt wird die Initiative weiterhin ermutigen und ihre Unterstützung anbieten.

4. Sonstiges

Das Stadtplanungsamt informiert auf Anfrage über den ehemaligen „Dorfentwicklungsprozess Lützellinden“.

Herr Dr. Hölscher erläutert: In den 90er Jahren war der Ortskern Lützellindens ein Förderschwerpunkt der Dorferneuerung. Das Land Hessen förderte ca. 75 private Maßnahmen, z. B. neue geschaffene Wohnungen in vormals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden. Es gab Begehungen, Eigentümergegespräche und Architektenberatungen. Der Blick ging dabei nur nach innen; Neubaugebiete lagen außerhalb des Programms. Die Bindungsfristen sind inzwischen abgelaufen. Seit ca. 10 Jahren ist Lützellinden konsolidiert; damals wurde ein Bebauungsplan für den gesamten Stadtteil beschlossen. Die größten Aufgaben lägen heute, so Hölscher, in den Fördergebieten der Nord- und Weststadt.

Das Thema für die nächste Sitzung wird (siehe TOP 1) „Änderung der Bürgerbeteiligungssatzung“ sein. Termin ist Mittwoch, der 11. Mai 2022 um 18:00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal. *(Anmerkung des Protokollanten: Der Termin wurde um einen Tag verschoben, auf den 12. Mai 2022 um 17:00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal.)*

30. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung
Donnerstag, 12. Mai 2022, 17:00 – 18:20 Uhr
Rathaus, Stadtverordneten-Sitzungssaal

Vertretene Organisationen:

Bürgerschaft: Nordstadtverein, Lokale Agenda 21

Politik: Fraktion Grüne, Fraktion CDU

Verwaltung: Oberbürgermeister, Stadtplanungsamt

Als Gäste: Sonja Schmitz (Leiterin Rechtsamt), Simone Wingen (Büro für Kinder- und Jugendbeteiligung)

Moderation und Protokoll: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21

1. Aktuelles

Das Protokoll der letzten Sitzung (23.02.22) wird bestätigt. Es wird online gestellt.

Michael Bassemir berichtet über neue Entwicklungen seit der letzten Sitzung:

- Die Online-Beteiligungsplattform Gießen-direkt verzeichnete 2021 einen Rekordwert von 31.514 Besuchen. Grund dafür sei einerseits die Corona-Pandemie, aber auch die hohe Mobilisierung für Online-Bürgeranträge.
- Die Online-Beteiligung „Radverkehr und Sicherheit“ hat innerhalb einer Woche 159 Beiträge erbracht. Sie läuft noch bis 5. Juni. Das Ordnungsamt wird seine Kontroll-Schwerpunkte auch nach den angezeigten Orten wählen.
- Als „Ersatz“ für die ausgesetzten Bürgeranträge werden zunehmend Petitionen auf <https://www.openpetition.de> genützt (Schwanenteich, Regio-Tram).

2. Sachstand Bürgerbeteiligungssatzung

Sonja Schmitz, Leiterin des Rechtsamts, schildert in einer Präsentation den Werdegang der Gießener Bürgerbeteiligungssatzung und die weitere Vorgehensweise nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Kassel vom 14.12.2021.

Als Hauptgründe für die Beanstandung der Satzung wurden angeführt, dass die Bürgerbeteiligung in der Hessischen Gemeindeordnung abschließend geregelt sei und die Entscheidungsspielräume der demokratisch legitimierten Gemeindeorgane nicht eingeschränkt werden dürften.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nach dem VGH-Beschluss die Anwendung der beanstandeten Regelungen ausgesetzt. Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, den Entwurf einer Änderungssatzung vorzulegen, der den Beanstandungen Rechnung trägt. Außerdem soll geprüft werden, ob ein Vertreterbegehren nach § 8 b HGO und ein geloster Bürgerrat in die Satzung aufgenommen werden können.

Die Stadt wird diesen Entwurf mit dem Regierungspräsidium unter Einbeziehung des Innenministeriums abstimmen; danach werden die Gremien beteiligt und eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt.

Im Arbeitskreis wird gefragt, ob denn jetzt eine Bürgerbeteiligung (ähnlich wie 2015 vor der Satzungsaufstellung) geplant sei. Dies wird von OB Becher verneint. Es gelte, die wesentlichen Rechte der Satzung (insbesondere Bürgerantrag und Bürgerversammlung) rechtskonform zu erhalten; in die laufenden Verhandlungen mit der Kommunaufsicht könne nicht eingegriffen werden.

3. Sachstand Kinder- und Jugendbeteiligung

Simone Wingen vom Büro für Kinder- und Jugendbeteiligung berichtet über die Kinder- und Jugendbeteiligung in Gießen. Die Beteiligung ist in der Hessischen Gemeindeordnung gesetzlich verankert; zentrale Akteure in Gießen sind ihr Büro und das Jugendbildungswerk. Frau Wingen stellt zwei Beteiligungsformate im Detail vor: „Jugend im Rathaus“ und die dezentralen „Jugendforen“.

Außerdem informiert sie ganz aktuell über den Workshop „Die Gießener Jugendforen - so gelingt Kinder und Jugendbeteiligung in der Stadt“ vom Vortag. Nach einem Referat von Dr. Katrin Peyerl (Universität Hildesheim) über die Gelingensbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung standen moderierte Tischgespräche mit verschiedenen Akteur*innen aus Politik und Verwaltung an. Dabei wurden neue Perspektiven für die Praxis entwickelt.

Frau Wingen ergänzt, dass Kinder- und Jugendrechte durch die Corona-Pandemie stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurden.

Im Arbeitskreis gibt es mehrere Empfehlungen zum Thema:

- Jugendliche stärker zu ihren Bedürfnissen und Problemen befragen
- Auch Eltern und Schule einbeziehen
- Auch neue Formate (z. B. Planspiele, virtuelle Schnitzeljagden) einsetzen
- Die Verkehrserziehung angesichts neuer Herausforderungen (z. B. E-Roller) stärken
- Demokratieverständnis und Demokratiebildung fördern
- Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen generell ernster nehmen

4. Sachstand ausgewählter Beteiligungsprozesse

Das Stadtplanungsamt berichtet:

- Verkehrsversuch Anlagenring: Die Ergebnisse der in der letzten Sitzung angesprochenen Variantenprüfung werden am 17. Mai im Bauausschuss vorgestellt.
- Im Sommer wird es zum Verkehrsentwicklungsplan eine weitere Beteiligungsrunde geben.

5. Sonstiges

Wie bereits im Arbeitskreis am 24.11.22 festgelegt, wird Thema der nächsten Sitzung „Beteiligung der freien Kulturszene“ sein. Termin ist Mittwoch, der 14. September 2022 um 18:00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal.